

## **Neue Gesellschaft – alte Parteien?**

### **Partei-reformen müssen politische Führung und die programmatische Funktion zurückgewinnen**

Sind die Parteien im Saufbruch? Der größte Landesverband der SPD in NRW hat sich jüngst einen schlankeren Aufbau verordnet und seine traditionellen Bezirke abgeschafft. Das Internet soll alle Parteien verjüngen. Junge Abgeordnete weben an Netzwerken. Eine junge Herausforderin holte im behäbigen Baden-Württemberg beachtlich auf. Aber wohin brechen die Parteien auf?

In Deutschland gibt es die Neigung, von kleinen Veränderungen gleich revolutionäre Wirkungen zu erwarten, weil man die Revolution selbst bekanntlich scheut. Das macht Enttäuschungen unvermeidlich. Zur Zeit entdecken die deutschen Parteien das Leben und die menschliche Existenz jenseits ihrer Grenzen und Gremien, und sie erwarten Großes. Nach Ansicht von Joschka Fischer sind die Parteien „unfruchtbar, sind nicht fortpflanzungsfähig im Sinne wissenschaftlicher, kultureller Neugierde“, so formulierte es der Außenminister kürzlich in einem ausführlichen Interview mit der FAZ: „Das müssen andere machen“. Aber wer? Wer sind diese anderen? Sind es die Kirchen? Ratzinger wird es wohl nicht richten? Oder die evangelischen Akademien, die jedes brennende Thema rundlutschen, bis es durch alle Talk-Shows flutscht? Oder die NGOs, die endlich die Betroffenen, die Bürger bis in jede UNO-Klimakonferenz vordringen lassen? Ach, mag man da mit Churchill leicht variiert seufzen: die Parteien sind die schlechteste Form der demokratisch-politischen Willensbildung, nur gibt es leider keine besseren.

Nun juckt es also einige Parteimanager, die Neugierde wieder stärker in die Parteien zu holen. Nicht-Mitglieder, also die übergroße Mehrheit, sollen gewonnen werden und wenigstens für einzelne politische Projekte ihr Know-how und begrenztes Engagement zur Verfügung stellen. Projektförmige Arbeit soll die ermüdenden Geschäftsordnungs-Sitzungen in Ortsvereinen und Stadtverbänden ergänzen, wenn nicht sogar ablösen. Per Internet will man brachliegende Ideen und unentdeckte Diskurse in die Willensbildung einspeisen. Doch was bekommen die

Nicht-Mitglieder dafür? Wohl kaum die Mitgliedschaft, denn die wollen sie ja gar nicht. Mitsprache und Mitentscheidung? Dann wären sie schon Mitglieder. Bleiben Dienstleistungen wie Rhetorik-Seminare, mundgerechte Informationen oder andere Weiterbildungsmaßnahmen. Die deutschen Parteien sind sich verdächtig einig: Wir wollen uns reformieren. Das waren sie schon Anfang der 90er, als die letzte große Parteienverdrossenheitsdebatte die Funktionäre naß machte, und natürlich in den 80ern und 70ern war Parteireform immer wieder angesagt. Das ist nicht überraschend. Denn Parteien sind die krisenanfälligsten Organisationen überhaupt. An der Nahtstelle zwischen Staat und Gesellschaft balancieren sie ständig zwischen Verstaatlichung oder Vergesellschaftung. Sie müssen den Spagat aushalten und deshalb sind sie, seit Robert Michels 1911 sein „ehernes Gesetz der Oligarchie“ erfand, im Focus der öffentlichen Meinung.

Die eigentliche Zielscheibe hinter diesen Megatrends der Parteireform ist der Wähler, die wichtigste Variante des Nicht-Mitglieds. Auf ihn kommen in Zukunft die eigentlichen Parteireformen zu. New Labour hat in Großbritannien nicht nur als wahlkämpfende Truppe, sondern auch als Regierungspartei permanent auf Focus-Gruppen und Demoskopie zurückgegriffen. Tony Blair und seine Mitstreiter forschen Wünsche und Orientierungen der Wähler aus und versuchen sie zu Mehrheiten zu bündeln. Manch einer wittert hier Populismus, sieht die Parteien als konsumforschende Markenartikler. Andere wiederum befinden, dies sei gerade in Deutschland überfällig, viel zu lange schon klüngelten die Parteien als politische Klasse vor sich hin, ohne sich mit den wirklichen Wünschen der Wähler auseinanderzusetzen. Aber warum werden sie dann immer noch gewählt?

Sicherlich wählen die Wähler immer häufiger Personen, als die dahinter stehenden Parteien. Dennoch erwarten die meisten von den Parteien immer noch etwas, das sie den Personen so nicht abverlangen: ein Programm. Nicht im Sinne einer gesinnungsgetränkten Fibel oder eines durchbuchstabierten Wahlkataloges. Aber im Sinne einer Grundkomposition, einer hörbaren politischen Melodie. Und die lässt sich nicht in Focus-Gruppen arrangieren, auch nicht durch neue Impulse von außen: Das Werk wird in den Parteiorganisationen selbst geschaffen und schließlich zur Wahl gestellt.

Diese Funktion erfüllen die deutschen Parteien, aber auch ihre Schwestern anderswo, nicht überzeugend. Dabei gehört sie zum Kernbereich politischer Führung, die man neben der Rekrutierung von Kandidaten für öffentliche Ämter ebenfalls von den Parteien erwarten darf. Par-

teien sind in Deutschland weiterhin mehr als Wahlvereine, dies verraten auch alle Ansätze, die derzeit als Parteireformen diskutiert werden. Denn im Endeffekt zielen alle darauf ab, die Kraft der Parteiführungen gegen die mittlere Ebene der Funktionäre zu stärken. Gerade Tony Blair hat mit Mitgliederbefragungen und der Macht der Demoskopie seine innerparteilichen Gegner schachmatt gesetzt. Parteireformen sind Machtprozesse, sie können aber auch die programmatische Funktion von Parteien gefährden, wie gerade Blairs aufbegehrende Partei derzeit demonstriert. Mit ihren Nebelkerzen trüben die hauptamtlichen Reformer in Deutschland jedoch den Blick dafür.

Die sprachlichen Mythen der Parteireform-Diskussion sind Spielzeuge. Jeden Tag wird ein neuer Ball in die Luft geworfen, sei es die „professionalisierte Wählerpartei“ oder auch die „Netzwerkpartei“. Matthias Machnig, der Bundesgeschäftsführer der SPD, liebt solche Vokabeln. Aber sein Begriff hilft nicht wirklich weiter. Netzwerk ist abgegriffen, wie eine alte Türkinke. Wörtlich genommen ist es etwas schön demokratisches. Ein Netz hat keine Hierarchie, kein Zentrum, nur ein paar Knoten und dazwischen ein Strick. Das Internet ist ja auch so ein tolles Netzwerk und überhaupt networken nun auch die Frauen, um dem Old-Boys-Network endlich Paroli bieten zu können. Aber soll es in einer Parteiorganisation dann keine Vorstände und Strukturen mehr geben? Keine verbindlichen Entscheidungen? Bewahre! Der Bundesgeschäftsführer will ja nur die Partei gesellschaftlich verlinken. Das Unterfangen ist nicht neu. Dasselbe nannten die Jusos vor 30 Jahren Doppelstrategie: In Partei und Gesellschaft gleichzeitig präsent sein. Warum nicht? Solche Begriffe lenken den Blick in den Himmel, anstatt ihn auf die Erde zu richten, weil sie das Problem der politischen Führung unsichtbar machen. Die Pointe gesellschaftlicher Wandlungsprozesse besteht ja gerade darin, dass diese Entwicklungen die Parteien und ihre Führungen zum Brennpunkt von Erwartungen und Interessen umso nötiger machen.

Die Aufgabe ist schwierig zu lösen: Je unübersichtlicher die Wählerlandschaft wird, desto stärker wachsen die strategischen Anforderungen an die Parteiführungen. Die Unübersichtlichkeit der Wählerschaft muss aber nicht die Parteien zwingen, selbst ebenfalls unübersichtlicher zu werden. Es wächst die Abhängigkeit von Stimmungen, Wechselwählern und Medien. Das erfordert eine intensive und breite innerparteiliche Kommunikation. Es müssen viel mehr Impulse in die Parteien eingespeist werden als früher. Für solche Aufgaben braucht es politische Führung. Da hilft der Netzwerkbegriff nicht weiter. Aber das ist auch nicht kriegsentscheidend. Ein zentrales Dilemma moderner Parteien besteht schließlich darin, strategische

Handlungsfähigkeit und politische Orientierungskraft mit deutlich verbesserter Kommunikation und Willensbildung in Einklang zu bringen. Es wächst kein Kornfeld auf der Hand: keine der Volksparteien hat klare und konsistente Reformkonzepte bei der Hand.

In welche Richtung die anstehenden Parteireformen drängen, hängt allerdings auch davon ab, ob eine Partei regiert oder nicht. Daher ist der Vergleich zwischen SPD und CDU derzeit besonders instruktiv: Die einen wollen weiter regieren, die anderen wieder regieren. Eine langjährige Regierungspartei reformiert sich in der Opposition im Bund, unter dem Druck der nachhallenden Parteispenskandale. Eine langjährige Oppositionspartei will regierungsfähig bleiben und startet von der Spitze aus einen „reengineering“-Prozess, mit dem Prototyp und Testfall Nordrhein-Westfalen. Vom grünen Tisch aus betrachtet, scheint es drei verschiedene Ansätze zu geben: den plebiszitären, den basisdemokratischen und den elitären. Oder als Karikatur: Alle Macht den Wählern, alle Macht den Mitgliedern, alle Macht den Funktionären. In der politischen Wirklichkeit haben die Parteireformer natürlich alle drei Werkzeuge in ihren Kasten gepackt. Das Verhältnis zwischen diesen drei Ansätzen auszutarieren ist die eigentliche Kunst.

Alle Macht den Wählern heißt: Vorwahlen nach dem amerikanischen Muster der primaries, und Kumulieren und Panaschieren ohne Ende, so dass die Parteien nicht mehr selbst über die Rekrutierung des politischen Personals verfügen können. Klingt gut, aber wer verfügt dann? Der Wähler? Wer ist das? Sind Parteien nicht gerade dazu da, den Wählerwillen zu bündeln und zu helfen, politische Alternativen in Personalvorschlägen zu bündeln? Wenn überhaupt, dann würde für den Wähler auch eine Vorzugsstimme, die er auf einer offenen Liste frei vergeben kann, völlig ausreichen. Kumulieren, Panaschieren und Vorwahlen sind als Vorschläge unausgegoren, denn sie sind nicht kompatibel mit dem Konzept der Mitgliederpartei.

Alle Macht den Mitgliedern der Parteien bedeutet, dass die Funktionäre als Delegierte abdanken müssen. Die Gesamtmitgliedschaft kann in Urwahlen oder Kreisversammlungen über Wahlkreiskandidaten und Themen entscheiden. Das haben die Parteien bereits Anfang der 90er Jahre versucht, aber sind gescheitert, da nur, wenn es opportun war, Mitglieder befragt wurden. Hier liegt ein tatsächliches Reformpotential. Wenn man es konsequent umsetzen würde, dann ist die klassische repräsentative Parteiendemokratie obsolet. Dies zeigte sich schon an dem Konflikt Scharping gegen Lafontaine und wie er auf dem Mannheimer Parteitag mit einem populistischen Coup gelöst wurde. Wenn die Parteien überleben wollen, müssen sie

ihren Mitgliedern echte, exklusive Entscheidungsbefugnisse sichern, sie ernst nehmen und mit Kompetenzen ausstatten. Wenn primaries, Kumulieren und Panaschieren die Politik bestimmen, warum soll ich dann überhaupt Mitglied werden?

Alle Macht den Funktionären heißt, wir setzen alles auf Professionalisierung. Da gibt es Kräfte in beiden großen Parteien, die damit liebäugeln. Weg mit der Vereinsmeierei, ade alter Ortsvereinsmief. Grillfeste und Infostände holen keine Wähler. Professionalität ist angesagt und gefragt. Aber wo soll das Personal herkommen? In den neuen Bundesländern zeigt sich schon die Zwangsjacke. Wer soll diskutieren, debattieren, den Wähler als Meinungsführer anleiten und mitziehen? Dieser Weg ist sicher auch nicht die Straße des Erfolges.

In der gesamten Parteireformdebatte wird häufig drauflosgerackelt, ohne dass vorher ein Blick auf die Baupläne fällt. Schon bei der weiteren Verwendung des Inter- und Intranet wartet eine zentrale Entscheidung auf die Parteien als Mitgliederorganisationen: Stellen wir wichtige Dokumente ausschließlich den Mitgliedern oder auch den Wählern zur Verfügung, auf welchen Bereich sollen wir unsere Energien konzentrieren? Es ist die Machtfrage, die die Gemüter erhitzt. Denn die Informations-Domänen vieler Funktionäre schmelzen dahin. Bislang konnte ein Ortsvereinsvorsitzender oder Landeschef auch mal Dinge für kurze Zeit unter der Decke halten und mit diesem Wissensvorsprung Politik machen. Wenn jedoch alle aktiven Mitglieder gleichzeitig informiert werden, trocknet diese Machtressource aus.

Widerstände gegen Parteireformen erwachsen aus der Angst vor Machtverlust. Diese Angst befällt vor allem die Funktionäre und Parteifürsten der mittleren Ebene, wie zum Beispiel in den SPD-Bezirken Nordrhein-Westfalens, die zur Disposition gestellt wurden, um die Landesebene schlagkräftiger (nein, das heißt heute kampagnenfähiger) zu machen und die Ortsebene professioneller auszustatten. Nach und nach lösen sich die einzelnen nordrhein-westfälischen Bezirke selbst auf. Nur der größte SPD-Bezirk Deutschlands, Westliches Westfalen, kämpfte heroisch bis zuletzt gegen die modernisierenden Vandalen, die seine historischen Verdienste missachteten. In diesem Widerstand gegen Parteireformen, den viele in der Partei als bloße Verteidigung personeller und finanzieller Pfründen ansehen, verbirgt sich aber auch eine Identitätskrise.

Denn in Wahrheit ist die Erneuerung der Regierungspartei SPD noch nicht von allen innerparteilichen Aktivisten akzeptiert worden. Sie vermissen den lodernden Einsatz für den traditio-

nellen Sozialstaat, die staatszentrierte Bildungspolitik oder für das Asylrecht, so, als kämpfe man in der Opposition. Sie kühlen in der Macht aus. Solche Mitglieder tummeln sich gerade im Bezirk Westliches Westfalen. Die organisatorische Parteireform schleift ihrer Meinung nach zugleich auch Ecken und Kanten des sozialdemokratischen Erbes. Sie befürchten, die Parteiführungen im Land und im Bund könnten den Wagon abhängen, in dem sie fahren und um Inhalte und weltanschauliche Orientierung ringen.

Wenn die Parteien ihre Aufgabe ernst nehmen, verständliche Ideen und Orientierungen zur Wahl zu stellen, kommen sie allein mit den Führungsgremien und dem Stethoskop der Demoskopie nicht weiter. Sie müssen ihre Flügel schlagen lassen, müssen ihr eigenes Konfliktpotential zum Programm spitzen. Neue Grundsatzprogramme zu erarbeiten, ist parteinintern sicherlich eine wichtige Befriedungstaktik. Doch die eigentliche programmatische Funktion liegt darin, in Personen ein parteipolitisches Profil oder auch eine prägnante Facette abzubilden. Was wir also brauchen, ist nicht weniger Parteipolitik, sondern bessere Parteien. Und zu verbessern gibt es eine Menge.